

# akzente

**Seite 1**  
akzente 20 Jahre OKV

**Seite 2**  
akzente Politik/Kultur

**Seite 3**  
akzente gratuliert

**Seite 4**  
akzente informiert

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

April 2013



Foto: Rudolf Demmert

## 20 Jahre OKV Zwei Jahrzehnte Kampf um innere Einheit

„Die historische Chance der Einheit darf nicht dauerhaft verspielt werden.“<sup>1</sup> So lautete die eindringliche Warnung im Ostdeutschen Memorandum vom Januar 1993, das man die Geburtsurkunde des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. (OKV) nennen könnte.

Schon 1992 galten die vollmundigen Versprechungen von „blühenden Landschaften“ nichts mehr; die Bundeskanzler Kohl in den Wahlkämpfen des Jahres 1990 ausgegeben hatte. Statt innerer Einheit war die Abrechnung mit den Trägern der gehassten DDR angesagt. Strafverfolgung von Funktionären des Staates und der Parteien, soweit sie sich nicht den „Siegern“ andienten,

*Deindustrialisierung Ostdeutschlands, Enteignung der Ostdeutschen, Massen-Erwerbslosigkeit, Missbrauch des Rentenrechts als Strafrecht, Zerschlagung des einheitlichen Sozial- und Bildungssystems kennzeichneten die Szene in Ostdeutschland. Rückgabe vor Entschädigung war der Schlachtruf soweit es um Eigentum an Grund und Boden oder Immobilien von Bürgern der „alten Bundesländer“ ging. Ostdeutsche wurden über die Treuhandgesellschaft – natürlich entschädigungslos – enteignet; bis hin zu bestimmten Renten- und Versorgungsansprüchen.*

Dabei hatten viele Ostdeutsche hohe Erwartungen in den Vereinigungsprozess gesetzt. „Sie hofften sich einen vorurteilsfreien Dialog in nationaler Solidarität, in dem sie gleichgeachtete und gleichberechtigte Partner und Gestalter einer Diskussion um Vorteile und Defizite beider Systeme wären und in dessen Ergebnis die Einheit als Chance für die Gestaltung eines erneuerten, friedlichen, demokratischeren und sozialeren Deutschlands stehen würde. Sie waren bereit, ihre Defizite zur Disposition zu stellen ...“<sup>2</sup>

In dieser Situation bildete sich vielfältiger Widerstand heraus. Es entstanden Vereine und Verbände, die sich die Kritik bestimmter Entwicklungen zum Ziel setzten. An vielen Orten entstanden Komitees für Gerechtigkeit, aus denen spä-

ter Bürgerbewegungen oder Sozialbündnisse hervorgingen. Es gab den Arbeitslosenverband Deutschland e.V., den Demokratischen Frauenbund (dfb) e.V. und es gab die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e.V., die anregte, die Erfahrungen und Kräfte der einzelnen Organisationen zusammenzuführen, ein Netzwerk zu schaffen in dem alle diese Bewegungen, Bündnisse und Gesellschaften ihren Platz finden und ihre Aktionen koordinieren konnten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) e.V. Am 24. Oktober 1991 hatten sich die Vertreter von 14 Verbänden zum Protest gegen die Absicht der Bundesregierung, die Ehrenpensionen von Opfern des Naziregimes deutlich zu kürzen, zusammenge-

funden. Was lag da näher als eine lose Verständigung auf gemeinsames Handeln? In erster Linie galt das für den Kampf gegen Rentenrecht und Berufsverbote. Damit bildete sich auf Initiative des Vorsitzenden der GBM, Prof. Wolfgang Richter, die Keimzelle des OKV. Aus Mitarbeitern der GBM und weiterer Verbände entstand unter Federführung der GBM eine operative Gruppe, die für das Frühjahr 1992 eine Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz organisierte. Im Oktober 1992 lud die GBM zu einem Ostdeutschen Kongress der Verbände ein. Dafür war ein „Ostdeutsches Memorandum“ erarbeitet und diskutiert worden, das dann von 60 Vereinen und Verbänden unterzeichnet und im Januar 1993 veröffentlicht wurde. In Vorbereitung dieses Kongresses

## Sagt NEIN! Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

Unter diesem Motto wird die Friedensbewegung in Berlin am 30. März 2013 zum Ostermarsch auf die Straße gehen. Mögen in anderen Städten der BRD andere Losungen im Vordergrund stehen, aber eines ist ihnen allen gemeinsam – die Forderung nach Beendigung jeglicher Kriege.

Seit 1945 gab es weltweit nur 26 Tage ohne Krieg. Zwischen 1945 und 1992 wurden 124 Kriege geführt. Im Jahre 2012 betrug die Zahl der Kriege und bewaffneten Konflikte noch immer oder schon wieder 58.

Die Anzahl der vom US-Imperium nach 1945 getöteten Menschen liegt nach Aussage des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung zwischen zwölf und sechzehn Millionen. Den Tod von mehr als 1,7 Millionen Menschen hat der westliche Imperialismus seit 2001 allein in Afghanistan, Irak und Pakistan zu verantworten.

Nach dem Anschluss der DDR nutzte das größer gewordene imperialistische Deutschland die Gelegenheit eine hervorgehobene Rolle bei der Revision der Nachkriegsordnung und der Neuordnung Europas unter Beweis zu stellen.

Nach über einem halben Jahrhundert geht wieder Krieg von deutschem Boden aus, ist Deutschland wieder zu einer kriegführenden Macht geworden. Die Bundeskanzlerin rechtfertigte schon mehrfach „den Einsatz von Gewalt“ bei der Lösung von internationalen Konflikten und begünstigt

hatten sich Aktivisten der Friedens- und Menschenrechtsbewegung sowie der Seniorenverbände eben auf eine lose Verbindung geeinigt, die zur Formierung des OKV führte. Dabei hatten sich die Verbände, die die Vernetzung aktiv betrieben, auf ein Präsidium geeinigt dem zunächst Prof. Wolfgang Richter vorstand. Um die Zusammenarbeit mit den Komitees für Gerechtigkeit zu festigen, wurde dann der Rechtsanwalt Dr. Peter Michael Diestel zum Präsidenten gewählt. Erster Vizepräsident wurde der GBM-Vorsitzende Prof. Wolfgang Richter, der dann von 1994 bis 2003 das Präsidentenamt innehatte. Ihm folgte 2003 bis 2005 Prof. Siegfried Prokop und schließlich Prof. Siegfried Mechler, der bis heute als Präsident wirkt. Die Diskussionen um die Organisationsstruktur zogen sich über mehr als ein Jahr hin, und am 10. März 1994 war dann die Satzung errichtet, die mit der Eintragung beim Registergericht am 1. Juni 1994 den Entstehungsprozess abschloss. In dieser Zeit war das OKV durch- aus aktiv und produktiv im politischen Leben. So luden Präsident Dr. Peter Michael Diestel, erster Vizepräsident Prof. Wolfgang Richter und Vizepräsident Eckhart Beleites mit einem gemeinsamen Brief im April 1994 für den 28. Mai zum 2. Ostdeutschen Bundeskongress der Verbände ein, der sich sozialpolitischen Fragen widmete.

Insgesamt fanden fünf solche Bundeskongresse der Verbände statt. Jeder dieser Ostdeutschen Kongresse hatte ein eigenes Thema und erarbeitete konkrete Vorschläge und Forderungen, wie die Integration des angeschlossenen Ostens in das vereinigte Deutschland sozialverträglich gestaltet und progressive Errungenschaften aus der Entwicklung der DDR in der vergrößerten Bundesrepublik fruchtbar genutzt werden könnten. So resümierte das Ostdeutsche Memorandum 2003 anknüpfend an das 10 Jahre früher erstellte Memorandum im Prolog:

„Die Angebote auf einen vorurteilsfreien Dialog von Ost und West, die das Ostdeutsche Kuratorium über ein Jahrzehnt unterbreitete, wurden ohnehin ausgeschlagen und der machtpolitischen und wirtschaftlichen Kolonialisierung die geistige Unterdrückung und Nivellierung zu Seite gestellt.“<sup>3</sup>

Das Ostdeutsche Memorandum stellte auch klar, dass seine Autoren und Unterstützer keineswegs unrealistische Träume hegten. Sie wollten kreativ am gesellschaftlichen Leben und seiner Entwick-

lung teilhaben und erwarteten, dass ihre Vorstellungen ernst genommen würden. Daher wurde darin festgestellt: „Es soll hier hervor- gehoben werden, daß die Einheit auch für nicht wenige Bürger neue Lebenschancen und kreative Be- tätigungsfelder erschlossen hat. Doch Umfragen bestätigen, dass die große Mehrheit der Ostdeut- schen, die vor mehr als zwei Jahren der deutschen Einheit zustimmte, sich indes in eine große Mehrheit verwandelt hat, die die Art und Weise der Herstellung der Einheit als bedrückend empfindet und scharf kritisiert. Umfragen bestä- tigen, daß das zumeist dieselben Bürger sind, die die Einheit woll- ten und die auch heute den Ausweg nicht in – ohnehin illusori- schen – Träumen einer Rückkehr zur „alten DDR“ erblicken.“<sup>4</sup>

Das OKV hat es als seinen Auftrag begriffen, auf die Defizite hinzu- weisen und Vorschläge für deren Überwindung zu formulieren. Die wurden immer wieder den Regie- renden, den Abgeordneten in Bun- destag, Bundesrat und Länderpar- lamenten sowie den Parteien und Medien übermittelt. Aber es kam nie zu einer ernsthaften Diskussion auf politischer Ebene. Wir verste- hen uns nicht als Partei und können unsere Vorschläge nur über die im Bundestag vertretenen Parteien

## Bildung für alle

*Im Zusammenhang mit den Tarif- auseinandersetzungen im öffentli- chen Dienst, von denen auch viele Lehrer betroffen sind, übermittelte uns das langjährige GEW-Mit- glied Dr. Harald Bühl folgende Gedanken:*

Bildung hat und hatte in Deutsch- land einen hohen Rang. Daher hegt die Öffentlichkeit große Erwartun- gen an das Bildungssystem und beurteilt Leistungsvergleiche sehr aufmerksam.

Was ist nach meiner Auffassung das allgemeine Ergebnis vieler Veröffentlichungen:

- nicht an der Spitze, sondern weit hinten oder jetzt im Mittelfeld liegen die deutschen Ergebnisse solcher Leistungsvergleiche;
- der Zugang von Arbeiterkindern zu hoher Bildung hat sich kaum verändert, ist nach wie vor ein Privileg der Reichen, wie vor 100 Jahren;
- nach wie vor existiert ein zergliedertes Bildungssystem auf Länder-niveau, wo z. B. fast jedes der 16 Länder eigene

in die parlamentarischen Debat- ten einbringen. Aber nur die PDS und seit ihrer Gründung die Partei DIE LINKE war bereit einige un- serer Forderungen in den Prozess der Gesetzgebung einzubringen. So hat sich eine Kooperation in engen Grenzen mit der Linkspartei und ihrer Bundestagsfraktion ergeben, was zu Teillösungen in der Renten- frage beigetragen hat.

Nach 20 Jahren könnte das OKV wieder so ein Ostdeutsches Memo- randum verfassen. Aber schon das zweite Memorandum dieser Art nach zehn Jahren hat gezeigt, dass dieselben Defizite des Vereinigungs- prozesses immer noch wirkten, und auch heute wären es dieselben Pro- bleme, die hervorstechen. Im Um- gang mit den ostdeutschen Bundes- ländern und ihren Bewohnern gibt es nur eine zweifache Politik der Bundesregierung: Delegitimierung der DDR auf allen Gebieten – vor- zugsweise mit der Stasikeule – und Experimentierfeld für den brutalsten Sozialraub in der deutschen Ge- schichte. Das wird den Kampf des OKV noch lange bestimmen.

**Dieter Becker**

1 Ostdeutsches Memorandum S. 3

2 ebenda S. 3

3 Ostdeutsches Memorandum 2003 S. 7

4 ebenda

damit den Krieg als Mittel der deutschen Außenpolitik.

Mit Stand vom 6. März 2013 sind 6.527 deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen in 15 ver- schiedenen Kriegs- und Krisen- gebieten. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben im Jahr 2012 rund 1,48 Milliarden Euro und damit 74 Millionen mehr als geplant gekostet. Allein der Afghanistan-Einsatz verschlang 1,28 Milliarden Euro, Kosovo (68 Millionen Euro), vor der somalischen Küste (62 Mil- lionen) und im Libanon (25 Millionen). Für den Krieg in Afghanistan haben die deut- schen Steuerzahler seit Beginn acht Milliarden Euro bezahlt.

Der Wille der Bundesregie- rung einen Beitrag zur fried- lichen Lösung internationaler Konflikte zu leisten, wird immer weniger deutlich. Im Gegenteil – ihre Politik wird zunehmend bestimmt von der uneingeschränkten Teilhabe an imperialistischen Szenarien der Drohungen, Sanktionen und kriegerischer Handlungen gegenüber souveränen Staaten.

**Helga Hörning**

Lehrpläne erarbeitet, als ob es eine bayrische Biologie, eine hannoversche Physik oder eine sächsische Chemie gäbe.

Seit über 20 Jahren laborieren ein zentrales Bildungsministerium und 16 in den Bundesländern, also ein Schwarm von 17 Ministern an den 16 zergliederten Schulsystemen, immer in Angst, ja nicht den Erfahrungen eines funktionierenden, einheitli- chen Bildungssystem mit hoher all- gemeiner und polytechnischer Bil- dung, ein zehnklassige Oberschule für alle Kinder nahezukommen. Das gab es schon auf deutschem Boden. Ich kenne mich da aus.

Mit der Vereinigung wurde das Bildungssystem der DDR einfach zurückgestuft. Ein solcher Vorgang ist auf der Welt einmalig. Fachleute und Gewerkschafter aus Finnland, Norwegen, Dänemark und zahl- reicher anderen Länder haben die Erfahrungen und Erkenntnisse stu- diert. Vieles wurde übernommen und jetzt liegen diese Länder bei internationalen Leistungsverglei- chen an der Spitze.

Auch in der Berufsausbildung gab es in der DDR und der BRD ähnl- iche Erfahrungen. In der DDR war die Ausbildung kürzer, weil alle Schüler schon eine polytechnische Ausbildung erworben hatten. In der DDR waren die Berufslenkung und die Berufsvorbereitung besser, in der BRD die materiellen Voraussetzun- gen. Heute sind die Klagen nicht zu überhören, wonach viele Jugendliche nicht genügend auf die Berufsaus- bildung vorbereitet sind und damit nicht geeignet für zahlreiche Berufe der Gegenwart und der Zukunft. ... Die Berufsausbildung hat keinen Platz in dem Bildungsprogramm, welches die 17 Bildungsministerien vertreten. Die staatliche Verantwor- tung für die Sicherung der beru- flichen Ausbildung, fachliches Grund- wissen und Spezialwissen für die Fachgebiete gibt es scheinbar nicht. Das kann doch nicht den Konzer- nen allein überlassen werden. Auch die Klagen sind nicht zu überhören, wonach ausgebildete Facharbeiter fehlen – und das in diesem hochin- dustrialisierten Land.

## Buchvorstellung

Dr. Peter Michel zeichnet in seiner „Streitschrift wider die modernen Vandalen – Kulturnation Deutschland“ (erschienen im Wiljo-Heinen-Verlag ISBN 978-3-95514-003-B) eine Spur der Schande. Er bemerkt dazu, dass der Umgang mit der Kunst der DDR im vereinten Deutschland immer noch weitgehend dadurch geprägt ist, dass sie „nach den starren Regeln der Totalitarismus-Doktrin“ aufgearbeitet wird.

In beeindruckender Weise hat er Fakten und Jahreszahlen zusammengetragen, Kunstwerke benannt, die dem Vandalismus zum Opfer gefallen sind. In den umfangreichen Bildbeigaben macht Dr. Peter Michel deutlich, welche namhaften Künstler und die von ihnen geschaffenen Werke der verschiedenen Genres Opfer

von kapitalistischen Machtinteressen und verblendeter Menschen geworden sind.

Er bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Lehren der Geschichte auch in der heutigen Zeit Bestand haben werden: Trotz aller Bilderstürmerei überlebt am Ende die Kunst und das historische Erinnern. Die Vandalenakte fallen auf ihre Verursacher und ihre Hilfswilligen zurück.

Mit seiner Schrift ruft er auf, nicht zu vergessen, aufmerksam zu bleiben, aufzurütteln und jenen den Kampf anzusagen, die Macht und Machtinteressen über Kunst und Kultur stellen und sie der totalen Vermarktung unterwerfen.

Der Autor stellt seine Publikation in einer Diskussionsveranstaltung am Mittwoch, dem **17. April 2013, 18.30 Uhr**, in der Geschäftsstelle der GBM, Weitlingstraße 89, vor.

## Aus den Ortsverbänden Berlin-Pankow

Vier Jahrzehnte deutscher Nachkriegsgeschichte sind von zwei gleichberechtigten, völkerrechtlich legitimierte Staaten geschrieben worden. War das, wie die hierzulande Herrschenden und ihre medialen Sprachrohre nun aller Welt weismachen wollen, das Werk eines „Saubermanns“ im Westen und eines „Schmuddelkinds“ im Osten dieses Landes? Nein! Deshalb ist Widerstand gegen Geschichtsklitterung im Geiste des in der Bundesrepublik seit eh und je allgegenwärtigen Antikommunismus und in der Tradition der unseligen Hallstein-Doktrin zwingendes Gebot, muss allen Bemühungen zur amtlich verordneten Delegitimierung der DDR überzeugend begegnet werden. Im Interesse der historischen Wahrheit ist deshalb auch der Bundesrepublik alter Prägung der Spiegel vorzuhalten.

In diesem Sinne lädt der Sprecherat die Mitglieder des Ortsverbands Pankow und Gäste für Dienstag, **28. Mai 2013**, um 10 Uhr, in die Gaststätte „Olivenbaum“, Breite Straße, ein. Hellmut Kapfenberger liest aus seinem neu erschienenen Buch Berlin-Bonn-Saigon-Hanoi/ Zur Geschichte der deutsch-vietnamesischen Beziehungen. Anschließender Gedankenaustausch ist ausdrücklich erwünscht.

**Für Interessierte:** Einführende Buchpräsentation durch den Verlag Wiljo Heinen am Dienstag, **23. April**, 19 Uhr, in der Ladengalerie der Zeitung „junge Welt“, Torstraße 6.

## Aus den Ortsverbänden herzlich eingeladen.

### Barnim

Das Territoriale Bündnis Bernau lädt für Dienstag, den **11. April 2013**, um 14 Uhr in die Stadthalle Bernau zu einer Veranstaltung ein, auf der sich Dr. Dagmar Enkelmann (MdB, DIE LINKE) erneut als Kandidatin für die Bundestagswahl vorstellt. Alle Mitglieder des GBM-Ortsverbandes sind hiermit herzlich eingeladen.

### Görlitz

Alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten sind für Donnerstag, den **2. Mai 2013**, um 15 Uhr in die Neiß-Galerie Görlitz eingeladen. Mit unserem Gast, dem Oberbürgermeister Siegfried Deinege wollen wir darüber sprechen, welche Möglichkeiten die Kommunalpolitik zur Durchsetzung von Bürgerrechte und Menschenwürde bietet und welche Grenzen ihr gesetzt sind

### Hohenschönhausen/ Weißensee

Das Bündnis für Soziales in Lichtenberg erwartet am Dienstag, den **28. Mai 2013**, um 15 Uhr im Nachbarschaftshaus Ribnitzer Straße 1b (S-Bhf. Wartenberg) die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Dr. Gesine Löttsch zu einem Gedankenaustausch. Die Mitglieder der Ortsverbände Lichtenberg und Hohenschönhausen/Weißensee sind herzlich eingeladen.

## Wir beglückwünschen alle Jubilare des Monats April 2013. Besonders herzlich grüßen wir

**zum 88. Geburtstag**  
Fritz Baack, Schwerin  
Ursula Felber, Berlin  
Horst Heß, Berlin  
Horst Jäckel, Berlin  
Hilmar Müller, Quedlinburg  
Heinz Rütz, Teschendorf

**zum 87. Geburtstag**  
Gertrud Albrecht, Berlin  
Horst Bierschenk, Berlin  
Helga Buchholz, Berlin  
Walter Budnik, Chemnitz  
Rolf Friedemann, Berlin  
Gerhard Kuschnia, Schwerin  
Georg Schneider, Gera  
Reiner Schuderer, Makranstädt  
Inge Steinel, Borgsdorf

**zum 86. Geburtstag**  
Gisela Burkamp, Premnitz  
Horst Bütter, Berlin  
Annemarie Fliegner, Berlin  
Prof. Dr. Georg Grasnack, Berlin  
Horst Grüner, Berlin  
Ewald Moldt, Berlin  
Elsbeth Molgedey, Berlin  
Prof. Dr. Karl-Heinz Schwank  
Dr. Rudolf Steinhoff, Hamburg

**zum 85. Geburtstag**  
Werner Dietzsch, Chemnitz

Friedrich Fenn, Berlin  
Dr. Ingeburg Jarolimek, Cottbus  
Charlotte Koffmane, Potsdam  
Lotte Reibstein, Gotha  
Elfriede Rennert, Pulsnitz  
Gisela Röthig, Halle  
Günther Witteck, Halle/Saale  
Dr. Siegfried Zachmann, Berlin

**zum 80. Geburtstag**  
Dr. Gerhard Clermont, Berlin  
Walter Fuchs, Meißen  
Dr. Cordula Kahrig, Wandlitz  
Anny Koßmann, Magdeburg  
Joachim Kunowsky, Vetschau  
Inge Michna, Berlin  
Heinz Neumann, Berlin  
Rosemarie Pannhausen,  
Bergholz-Rehbrücke  
Horst Reinl, Meerane  
Dr. Herbert Richter, Cottbus  
Rosemarie Sander, Chemnitz  
Gerda Schmitz, Neubrandenburg  
Dr. Ruth Strohschein, Berlin

**zum 75. Geburtstag**  
Dr. Manfred Domagk,  
Brusendorf  
Eleonore Kuhls, Berlin

**zum 70. Geburtstag**  
Greta Lautsch, Berlin

### zum 92. Geburtstag

Werner Roscher, Seiffenhensdorf  
Werner Wolf, Berlin

### zum 91. Geburtstag

Ursula Bauer, Bergfelde  
Annelies Gottschol, Berlin  
Helmut Koch, Eberswalde  
Ruth Krüger, Alt-Zeschdorf  
Hildegard Sporny, Jena

### zum 90. Geburtstag

Egon Bethge, Berlin  
Kurt Drechsler, Chemnitz  
Wolfgang Huth, Berlin  
Dr. Sonja Müller, Berlin  
Kurt Roschkowski, Berlin  
Erika Schindler, Dresden

### zum 89. Geburtstag

Rosemarie Obst, Berlin  
Reinhard Röbbing, Halle-Neustadt  
Ursula Vogel, Berlin  
Willi Wehlan, Frankfurt/Oder



**Herausgeber**

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
 Weitlingstraße 89, 10317 Berlin  
 Tel.: 030 5578397  
 Fax: 030 5556355  
 E-Mail: gbmev@t-online.de  
 Website: www.gbmev.de

**Geschäftszeiten**

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr  
 Fr. 9.00–12.00 Uhr

**Bankverbindung**

Berliner Sparkasse  
 BLZ 100 500 00  
 Konto-Nr. 0013 192 736

**Erscheinungsweise**

monatlich

**V. i. S. d. P.**

Karl-Heinz Wendt

**Redaktionschluss**

21. März 2013

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe**

15. April 2013

**Layout, Herstellung und Vertrieb**

MediaService GmbH  
 Druck und Kommunikation  
 Franz-Mehring-Platz 1  
 10243 Berlin  
 Tel. 030 29782940

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich.  
 Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen.

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

**32 Mitglieder**

32 Mitglieder überwiesen von Mitte Februar 2013 bis Mitte März 2013 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Spenden können auf das Konto der GBM, Konto-Nr. 0013 192 736, bei der Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 überwiesen werden.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
 Weitlingstraße 89, 10317 Berlin  
 ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

**Wiedererrichtung des Fučík-Denkmal in Prag.**

Am 22. Februar diesen Jahres konnte in Prag der langwierige und mühsame Kampf tschechischer und internationaler Freunde von Julius Fučík, von Humanisten und Antifaschisten, von Demokraten und vielen fortschrittlichen Menschen erfolgreich beendet werden. An würdiger Stelle auf dem großen städtischen Friedhof in Prag-Olšany fand das seit der sogenannten „Samtenen Revolution“ 1990 in den Fundus des Prager Stadtmuseums verbannte Fučík-Denkmal seinen neuen Standort.

Diese bewegende Aktion, die am 110. Geburtstag von J. Fučík stattfand, vereinte mehr als 200 Personen, die bei sehr winterlichem Wetter erschienen waren.

Der Vorsitzende der tschechischen Julius-Fučík-Gesellschaft bedankte sich bei allen Aktivisten und würdigte ausdrücklich die aktive Mithilfe der deutschen Freunde, die mit Unterschriftensammlungen und selbst durch Petitionen an den Prager Oberbürgermeister dieses ermutigende Ergebnis jahrelanger Bemühungen um die Wiederher-

stellung nicht nur des Denkmals, sondern auch seiner Ehre als mutiger Journalist, Antifaschist und Kommunist ermöglichten.

Dabei haben besonders Mitglieder der GRH, der GBM und des RFB aus dem Chemnitzer Raum internationalistisches Handeln bewiesen. Diese erfolgreiche Aktion sowie die auch von tschechischer Seite gewürdigte Enthüllung des Gedenkstein in Ziegenhals wurden als durchaus mögliche Erfolge im gemeinsamen Kampf um die Zurückdrängung der unvermindert anhaltenden Geschichtsfälschungen bezeichnet, sie sind jedoch gleichzeitig Aufforderung an alle, die Lebensleistungen von Millionen Menschen beim Aufbau des Sozialismus nicht verunglimpfen zu lassen.

Die GBM war bei dieser Fučík-Ehrung durch ihren Vorsitzenden vertreten.

**Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder**

**Horst Albrecht**  
 Neubrandenburg

**Bernhard Cohn**  
 Rathenow

**Vera Eberhardt**  
 Erfurt

**Werner Frischmann**  
 Limbach-Oberfrohna

**Karl Hellman**  
 Bucha

**Joachim Hübel**  
 Berlin

**Fritz Kretzschmar**  
 Berlin

**Andreas Lobenstein**  
 Berlin

**Alfred May**  
 Rostock

**Heinz Moritz**  
 Berlin

**Friedhelm Reuter**  
 Rositz

**Horst Scholz**  
 Berlin

**Dr. Otto Wendt**  
 Cottbus

**Karl-Heinz Weser**  
 Berlin

**Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.**

**Geplante Veranstaltungen**

(jeweils am 3. Mittwoch des Monats)  
 in der Geschäftsstelle der GBM im  
 1. Halbjahr 2013:

**April:** „Kulturnation Deutschland“, Lesung und Diskussion mit Dr. Peter Michel;

**Mai:** „DDR – unser Leben“, Band 2012, Lesung und Gespräch mit dem Herausgeber, Horst Jäkel

**Juni:** Erinnerungen von Zeitzeugen an ihr Wirken in der Agrarwissenschaft der DDR mit Prof. Dr. Erich Rübensam und Dr. Klaus-Jürgen Künkel.

Ostermarsch  
 Es ist an der Zeit:  
 Sagt NEIN!

Berliner  
 Ostermarsch  
 2013



Ostersonnabend,  
 30. März, um 12 Uhr  
 Auftakt Potsdamer Platz  
 Abschluss Kanzleramt  
[www.friko-berlin.de](http://www.friko-berlin.de)